



PATRIOTISCHER FACKELZUG AM 12. SEPTEMBER

Kahlenberg 1683: Wider die Islamisierung Europas!

Am Morgen des 12. September 1683 versammelte sich die Armee des christlichen Europas unter dem polnischen König Jan Sobieski, dem bayerischen Kurfürsten Max Emanuel und dem jungen Prinz Eugen am Kahlenberg über Wien, um der dreimonatigen Belagerung der deutschen Reichshauptstadt durch den Feldherrn Kara Mustafa ein Ende zu setzen.

337 Jahre später treffen sich am Samstag wieder Patrioten am Kahlenberg auf Einladung des Wiener Akademikerbunds und des Vereins Okzident, um diesem historischen Tag der Befreiung zu gedenken, bei der die Islamisierung Europas abgewendet wurde.

Zu den Ehrengästen aus dem Ausland zählen der ehemalige Ministerpräsident der Slowakei, Jan Carnogursky, Radomír Malý, Tschechische Republik, Historiker, Vorstandsmitglied der Lidová Strana, Emanuel Aydin, Orthodoxer Bischof und der Islamexperte Irfan Peci. Der Außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Petr Bystron, schickt eine Videobotschaft an die Teilnehmer.

Die „Feier der erfolgreichen Abwehr der islamischen Osmanen in der Schlacht am Kahlenberg – Für ein freies und starkes

Christliches Europa“ findet am 12. September 2020 ab 17:30 Uhr am Kahlenberg bei Wien vor der Kirche St. Joseph statt.

Veranstalter sind der Wiener Akademikerbund, der Verein Okzident, ProVita und die Plattform Gedenken 1683. Anmeldung mit Name, Email-Adresse, Tel.-Nummer unter verein@provita.at.



Die Luthersche Schleppermafia

Von C. JAHN | Welcher Teufel hat die Evangelische Kirche eigentlich geritten, jugendliche Vagabunden aus Afrika einzuschleppen? Hier sind fünf Vermutungen, weshalb sich die EKD an der staatlichen Umvolkungspolitik jetzt sogar mit eigenem Schlepperschiff beteiligt.

1. Die Lutherkirche war schon immer staatsnah

Luthers „Kirche“ war seit ihrer Gründung stets von besonderer Staatsnähe geprägt. Die evangelische Kirche begann als „Reformation“ der katholischen Kirche, der Papst in Rom wurde daher schnell zum politischen Gegner, als er sich dieser „Reformation“ verweigerte. Entsprechend gewann die Lutherkirche all jene Monarchen im Deutschen Reich rasch zu Verbündeten, die mit dem Papst – oder anderen katholischen Monarchen – ebenfalls über Kreuz lagen. Staatsmacht und evangelische Kirche bildeten also schon früh eine strategische Allianz: Die evangelische Kirche brauchte den Staat als Schutzfaktor gegenüber dem katholischen Gegenspieler, der Staat nutzte die evangelische Kirche gern ebenfalls als Gegenpol zum Papst und dessen schwer kontrollierbarer Priesterschaft im eigenen Machtraum. Vollständig kontrollieren konnte der Staat ja immer nur die evangelische Kirche.

Es ist vor dem Hintergrund dieser strategischen Allianz zwischen Staat und evangelischer Kirche nur allzu verständlich, dass die evangelische Kirche speziell in Deutschland in allen Herrschaftsepochen – Monarchie, NS-Zeit, DDR, „Bunte Republik“ – stets deutlich enger mit dem Staat verbündelt war als die katholische Kirche, die sich durch ihren Papst in Rom zu jeder Zeit eine gewisse Unabhängigkeit bewahren konnte. Dass sich die traditionell staatsnahe EKD heute mit einem eigenen Schlepperschiff an der Umvolkungspolitik sogar direkt beteiligt, um sich auf diese Weise beim Staat besonders lieb Kind zu machen, sollte also niemanden verwundern, der sich mit der politischen Geschichte der protestantischen Kirche von Anbeginn bis heute näher beschäftigt hat.

2. Die Lutherkirche ist als nordisch-germanische Kirche besonders anfällig für Selbsthass

Die Ausbreitung der protestantischen Kirche blieb immer auf den nordisch-germanischen Kulturraum beschränkt, sie konnte sich nur in Skandinavien und im Deutschen Reich sowie in England etablieren (im Zuge der Auswanderung aus diesen

Ländern später auch in Übersee). Schmucklosigkeit, Schlichtheit, Verzicht auf Pomp, flache Hierarchien und eine gewisse nordische Schwere und Tiefgründigkeit auf der geistigen Ebene sind prägende Kulturelemente der protestantischen Kirche, in denen sich leicht erkennbar das traditionelle Selbstverständnis der nordisch-germanischen Kulturen Europas widerspiegeln.

Zu diesem Selbstverständnis gehört auch eine gewisse innere Düsternis, wie sie uns bereits in der nordisch-germanischen Sagenwelt begegnet und für die die protestantische Kirche mit ihren schwarzen Talaren und ihrer Neigung zu Selbstbeschränkung und Asketentum schon immer empfänglich war – ganz im Gegenteil zur durch die Leichtigkeit des Mittelmeerraums geprägten römisch-katholischen Kirche. Von dieser nordisch-germanischen Düsternis der protestantischen Welt, gepaart mit den tendenziell masochistischen Inhalten des Christentums (Schuld, Buße, Sühne), ist es nur noch ein kleiner geistiger Schritt zum autoaggressiven, anti-deutschen, anti-christlichen, anti-weißen Selbsthass der EKD unserer buntistischen Gegenwart. Es ist daher kein politischer Zufall, sondern kulturell erklärbar, dass sich die Selbstzerstörungsideologie der 68er und als deren Ableger auch die buntistische Umvolkungsideologie – einschließlich der Menschenschlepperei aus Afrika – vor allem im protestantischen, germanisch-nordischen Teil Europas besonderer Beliebtheit erfreut und sich im katholischen und orthodoxen Teil Europas schwer tut.

3. Die Lutherkirche braucht neue Einnahmequellen

Für eine Beteiligung der EKD an der Menschenschlepperei von Afrika nach Westeuropa sprechen auch finanzielle Gründe. Die EKD verliert jedes Jahr deutlich mehr Mitglieder als die katholische Kirche, sie ist erstmals seit 1648 nicht mehr die bevölkerungsstärkste Kirche in Deutschland. Deutschland ist heute aber nicht nur statistisch katholischer denn je in den letzten 400 Jahren, der Katholizismus ist nun auch mit Abstand

die am stärksten aktiv gelebte Religion – Katholiken besuchen ja tatsächlich die Sonntagsmesse, während die evangelischen Christen überwiegend kirchenferne Karteileichen sind.

In der EKD-Zentrale in Hannover kann man sich daher an drei Fingern abzählen, wann die Episode der lutherschen „Kirche“ in der Deutschland reif für den historischen Aktenschrank sein wird. Wenn aber die EKD in absehbarer Zeit als religiöse Organisation ausgedient hat, müssen rechtzeitig neue Einnahmequellen aufgetan werden, um die finanzielle Abhängigkeit von der Kirchensteuer zu ersetzen.

Da die EKD schlecht mit Schuhen im Internet handeln kann, ohne ihre Glaubwürdigkeit zu gefährden, sucht sie sich natürlich Geschäftsbereiche, die zu ihrem Markenimage mit der Nächstenliebe passen. In dieser Hinsicht drängt sich der Geschäftsbereich Menschenschlepperei nahezu von selbst auf: Man kann die Story mit den angeblichen „Flüchtlingen“ christlich gut verbrämen und erhält für jeden eingeschleppten Afrikaner ein staatliches Kopfgeld für Unterkunft und Verpflegung, außerdem hat man dank der Ausbeutung der vielen freiwilligen Helfer nur geringe Kosten. Die Sache hat also Potenzial. Und vielleicht wird sich die EKD eines Tages nicht nur an der Menschenschlepperei beteiligen, sondern auch in weiteren ebenso zwielichtigen Geschäftsbereichen tummeln, die nicht minder lukrativ sind: Drogenhandel, Waffenschmuggel, Schutzgelderpressung, Straßenraub und was sonst noch so blüht an kriminellen Machenschaften in Merkels Reich. Da all diese Geschäftsfelder überwiegend von der eingeschleppten afrikanischen und orientalischen Mafia betrieben werden, verfügt die EKD dank ihrer Schlepperei ja schon heute über beste persönliche Kontakte zu diesen schmierigen Milieus.

4. Die Lutherkirche ist eine weibliche Kirche, die Einschleppung junger Männer ist daher verständlich

Auch wenn dieser spezielle Gesichtspunkt etwas schlüpfrig wirkt: Beim Thema der EKD-Menschenschlepperei aus Afrika darf

selbstverständlich auch die wichtige erotische Komponente nicht übersehen werden. Eingeschleppt werden ja fast ausschließlich junge Männer. Diese klare Präferenz für das männliche Geschlecht unter den Eingeschleppten verwundert nicht, wenn man sich vor Augen hält, dass die Lutherkirche in Deutschland heute de facto eine Frauenkirche ist: Die gesamte Laienarbeit ist in der Hand von Frauen, Frauen dominieren die Hierarchien der Verwaltung, Frauen stellen den Großteil der wenigen verbliebenen evangelischen Kirchgänger und sind auch auf der Kanzel omnipräsent. Naheliegenderweise dürften die erotischen Phantasien dieses dominant weiblichen Personals und der dominant weiblichen Anhängerschaft der EKD im Rahmen der hier diskutierten Überlegungen nicht aus falsch verstandener Prüderie übergangen werden: Natürlich träumen viele weibliche Mitarbeiter und Unterstützer der EKD von Abenteuern mit den eingeschleppten jungen Schwarzafrikanern.

Wer diesen wichtigen erotischen Gesichtspunkt der Schepperei verschweigt, übersieht möglicherweise sogar eine zentrale Kernmotivation der Frauenkirche EKD. Denn weibliche Sexualerotik dürfte die gesamte Umvolkungsthematik ganz erheblich bestimmen. Oder glaubt irgendein Leser ernsthaft, die weitgehend feminin geprägte EKD würde sich mit der gleichen Jubelstimmung für die Menschenschlepperei begeistern, wenn es sich bei den eingeschleppten „Flüchtlingsen“ nicht um starke junge, schwarzhäutige, „wilde“ Männer aus Zentralafrika, sondern um junge, zierliche, mandeläugige Damen aus Südostasien handeln würde?

5. Die Lutherkirche wäre Kriegsgewinnler eines Bürgerkriegs

Es wird oft vergessen, wie die Lutherkirche im Deutschen Reich eigentlich an die Macht gekommen ist. Ihre Anhänger haben Deutschland mehrfach mit brutalen Religionskriegen überzogen, sie haben sich skrupellos mit teils grausamen Feldherren und Fürsten verbündet, um ihren Machtanspruch durchzusetzen. Ohne diese verinnerlichte Machtgier und auch Aggressivität des Protestantismus hätte es keinen 30jährigen Krieg in

Deutschland gegeben. Machtgier und Kriegsbereitschaft aber haben sich für die evangelische Kirche in Deutschland letztlich ausgezahlt: Die evangelische Kirche konnte der katholischen Kirche ganz Norddeutschland entreißen und sich die Abgaben der dortigen Bevölkerung fünf Jahrhunderte lang einverleiben. Die Grundlage für die heutige Macht und den heutigen Wohlstand der EKD waren die für die evangelische Kirche sehr erfolgreichen Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts.

Diese historische Erfahrung der evangelischen Kirche, dass man sich mit Religionskriegen viel Macht und Geld verschaffen kann, dürfte für die EKD auch heute wieder eine wichtige Motivation für ihr Treiben darstellen: als Anreiz für das Einschleppen von Mohammedanern, Trägern einer besonders aggressiven Gewaltideologie. Islam und Christentum haben bekanntlich noch nie irgendwo dauerhaft in Frieden koexistiert – denken wir allein an den jüngsten Bürgerkrieg in Jugoslawien, den Bürgerkrieg im Libanon, die Pogrome an den Christen in Ägypten oder den bestialischen Völkermord an den Armeniern durch die nach Kleinasien eingewanderten Türken.

Das Kalkül der EKD-Strategen dürfte sich daher wahrscheinlich wie folgt darstellen: Der Zusammenprall von Islam und Christentum wird in Westeuropa und Deutschland ebenfalls irgendwann zum offenen Krieg führen – oder auch zum Massenmord an den indigenen Christen, sofern diese sich nicht wehren, vergleichbar dem Massenmord an den weitgehend wehrlosen Armeniern durch die eingewanderten Türken. Als Begleiterscheinung eines solchen Kriegs oder Massenmordens werden sich die indigenen Deutschen aber in jedem Fall wieder stärker mit ihrer Identität beschäftigen und dadurch auch mit ihrer Religion. Viele Deutsche werden sich also infolge ihrer Konfliktsituation mit dem Islam auf ihre religiösen Wurzeln besinnen – und die EKD wird ihnen natürlich gern einen solchen identitätsstiftenden Anker bieten. Wenn aber viele Deutsche wieder ihre religiösen Bindungen entdecken und geistige

Zuflucht bei der Kirche suchen, werden viele Deutsche auch wieder in die Kirche eintreten bzw. nicht austreten. Kurz gesagt: weniger Austritte und mehr Eintritte werden die Zahl der Mitglieder stabilisieren, der Niedergang der evangelischen Kirche wird sich verlangsamen, in die Kasse der EKD fließt weiter Geld.

Kriegsgewinnler eines solchen religiösen Kriegs oder Massenmordens in Deutschland wäre also in jedem Fall die EKD – zumindest sofern die Zahl der evangelischen Kriegstoten die Zahl der Kirchenaustritte nicht übersteigt. Dabei gilt: Je länger der Krieg dauert – vielleicht Jahrzehnte wie im Libanon oder Jahrhunderte wie auf dem Balkan – und je schneller er kommt, desto besser für die Bonzen in der EKD-Burg von Hannover. Noch mehr Flammen in einem ohnehin schon lodernden Westeuropa – vielleicht ist diese Lust am Zündeln zum eigenen Nutzen, wie wir sie schon aus den Religionskriegen der protestantischen Frühzeit kennen, letztlich sogar der eigentliche Hauptgrund für die EKD, das Pulverfass Westeuropa mit einem eigenen Schlepperschiff selbst mit anzuheizen.



36,5 Millionen Euro von der EU für Muslimbruderschaft

Die EU hat in den Jahren 2014-2019 36,5 Millionen Euro für Gruppen ausgegeben, die die Agenda des politischen Islams und

der Islamisierung von Europa vorantreiben, so die I&D Fraktion im EU-Parlament.

„Offenbar werden seit Jahren Tarnorganisationen mit unseren Steuergeldern unterstützt, die verfassungsfeindlichen und Terror-nahen Organisationen wie der Muslimbruderschaft und Milli Görüs nahestehen“, so EU-Abgeordneter Joachim Kuhs, I&D-Mitglied im Haushaltsausschuss. „Das ist ein Skandal erster Güte, der sofort aufhören muss.“

Die Zahlen wurden vom Büro des I&D-Vizefraktionsvorsitzenden Nicolas Bay anhand des EU-Finanztransparenzsystemes für die wichtigsten europäischen Tarnorganisationen der Muslimbruderschaft recherchiert.

So gingen 5.139.569 Euro 2014-2019 an die Organisation Islamic Relief, die der Muslimbruderschaft und Terrorfinanzierung nahestehen.

| Islamic Relief | Euro |
|-----------------------|-------------|
| 2014 | 569 € |
| 2015 | 0 € |
| 2016 | 2049000 € |
| 2017 | 1800000 € |
| 2018 | 740000 € |
| 2019 | 550000 € |
| | 5139569 € |

Islamic Relief Deutschland (IRD) verfügt über „signifikante personelle Verbindungen“ zur Muslimbruderschaft, wie die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP einräumen musste. IRD erhielt außerdem nach eigenen Angaben zwischen 2011 und 2015 rund 6,13 Millionen Euro hauptsächlich vom Auswärtigen Amt und unterhält enge Verbindungen zur „Muslimischen Jugend In Deutschland“. Islamic Relief gilt in Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten als Terrororganisation, da es Teil des Finanzsystems der Hamas

sei.

| Muslim Aid | Euro |
|-------------------|-------------|
| 2014 | 250 |
| 2015 | 0 |
| 2016 | 750.000 |
| 2017 | 600.000 |
| 2018 | 0 |
| 2019 | 0 |
| | 1.350.250 |

1.350.250 Euro gingen 2014-2019 von der EU an die britische Muslim Aid, der 2015 von der UK-Regierung laut Daily Telegraph wegen ihrer Verbindungen zur Muslimbruderschaft und dem Islamic Forum of Europe, das sich für die Einführung eines Schariahstaates in Europa einsetzt, die Mittel gestrichen wurden: „Muslim Aid finanziert Gruppen, die mit den verbotenen Terrorgruppen Hamas und Palästinensischer Islamischer Dschihad in Verbindung stehen, und ist wegen Terrorfinanzierung in Israel verboten,“ so der Telegraph.

Die EU finanzierte 2014-2019 außerdem das European Network against Racism (ENAR) mit insgesamt 5.422.678 Millionen Euro, zu dem das „Forum of European Muslim Youth & Student Organisations“ (FEMYSO) gehört. Mehrere leitende Figuren von ENAR stehen der Muslimbruderschaft nahe, so wie Ratsmitglied 2015-2018 Intisar Kherigi, Tochter von Rached Ghannouchi, Mitbegründer der Ennahdha-Partei, dem tunesischen Arm der Muslimbruderschaft. ENAR-Chef Michaël Privot war bis 2008 Mitglied der Muslimbruderschaft. Privot nennt diese Vorwürfe eine „Verschwörungstheorie“ und „absichtliche Versuche, Hass gegen Menschenrechtsorganisationen zu säen“.

I&D Abgeordnete Mathilde Androuët nannte ENAR in einer Anfrage vom Mai 2020 eine „Tarnorganisation“ von George Soros' Open Society Foundations (OSF). ENAR erhielt 2016-2018 von OSF

706.015 € direkte Förderung. ENAR-Deutschlandchefin Karen Taylor hat ihre eigene NGO „Each One Teach One“ (EOTO e.V.), die 2018 von OSF 356.824 Euro erhielt.

| ENAR | Euro |
|------|---------|
| 2014 | 0 |
| 2015 | 0 |
| 2016 | 944109 |
| 2017 | 1137742 |
| 2018 | 2184665 |
| 2019 | 1156162 |
| | 5422678 |

Im Rahmen der EU-Wahlen 2019 lancierte ENAR in Zusammenarbeit mit FEMYSO eine Kampagne „Muslim Youth: Act Up“ (in etwa: „Muslimjugend: Regt euch auf“). In diesem Rahmen produzierte FEMYSO einen „Werkzeugkasten für muslimische Jugendliche“ und 12 Filme als Teil einer Social-Media-Kampagne, um muslimische Jugendliche dazu zu bewegen, wählen zu gehen.

Wie hoch die Finanzierung von FEMYSO durch die EU/ENAR war, ist ihren Jahresberichten nicht zu entnehmen. FEMYSO steht der Muslimbruderschaft nahe, so der Wissenschaftliche Dienst des Dt. Bundestages 2015.

FEMYSO betreibt wiederum Lobbyarbeit in Brüssel und protestierte 2019 gegen die neue EU-Kommission, da sie „nicht divers“ genug und daher „rechtsextrem“ sei. Die EU bezahlt also über ENAR einen Tarnverein der Muslimbruderschaft, um Wahlkampfvideos zu produzieren, Lobbyarbeit in Brüssel zu betreiben und sich vorwerfen zu lassen, EU-Kommissarin Ursula von der Leyen „spiele Rechtsradikalen in die Hände.“

Die deutschen Gruppierungen der FEMYSO sind die Jugendorganisation von Milli Görus (IGMG), laut Bay. Verfassungsschutz „als Zweig der Muslimbruderschaft bekannt“ und als verfassungsfeindlich eingestuft; und die Muslimische

Jugend in Deutschland (MJD), die ebenfalls seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird, da sie eine „Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ darstelle. Die MJD organisiere „regelmäßige Auftritte von Referenten aus diesem Spektrum“ FEMYSO/Muslimbruderschaft und nehme „eine wesentliche Funktion als Rekrutierungsreservoir und Kadenschmiede für diese von den Moslebrüdern beeinflusste Spielart des politischen Islam wahr,“ so der Wissenschaftliche Dienst.

24.425.879 Euro der Europäischen Kommission gingen 2014-2019 außerdem an Projekte, an denen islamistische Propaganda-NGOs beteiligt waren, so MEP Nicolas Bay. Zum Beispiel erhielt die in Großbritannien ansässige Islamic Human Rights Commission keine direkte Finanzierung, sondern war an einem Programm zur „Bekämpfung von Islamophobie“ beteiligt, das 2016 mit 584.739 Euro finanziert wurde. Die Islamic Human Rights Commission verlieh der Zeitschrift „Charlie Hebdo“ weniger als zwei Monate nach dem Terroranschlag in Paris 2015, der 12 Menschen das Leben kostete, einen Preis als „Islamophobe des Jahres“!

Der umstrittene 850-seitige „Europäische Islamophobie-Report“ 2019 der Europäischen Union wurde von der Seta-Stiftung herausgegeben, die der türkischen Regierungspartei AKP nahesteht. Die Autorin des Deutschland-Kapitels bezeichnete die israelische Staatsgründung als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, wie die „Welt“ berichtete. Der Bericht wurde mit 126.951 Euro durch das EU-Programm „Zivilgesellschaftlicher Dialog zwischen der EU und der Türkei“ gefördert.

Für den Zeitraum 2014-2019 errechnet das Büro von Nicolas Bay insgesamt 36.523.142 Euro von der EU für radikalislamische NGOs, die Terror und Schariah fördern.

„Es ist IHR Geld, UNSER Geld, das mit dem Segen Brüssels an Netzwerke des politischen Islams und des Dschihadismus geht, damit diese ihre Ideen in Europa verbreiten können, und ihren

Griff auf unsere Gesellschaften festigen. Die EU-Kommission finanziert diejenigen, die ganz offen Europa unterwerfen wollen. Das können wir nicht länger hinnehmen“, so MEP Nicolas Bay, Vizevorsitzender der I&D-Fraktion.



Video : ARTE über Islamisierung Europas durch Katar

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Sendung Dienstag Abend um 20:15 Uhr auf arte dürfte für alle islamkritisch eingestellten Bürger viele hochinteressante Informationen liefern. Der Ankündigungstext ist vielversprechend: So habe ein Whistleblower zwei französischen Journalisten Tausende von vertraulichen Dokumenten der Nichtregierungsorganisation „Qatar Charity“ zugespielt, die als eine der größten NGO's der Golfstaaten gilt. Darin sei das Programm zur Finanzierung von 140 Moscheebauten, Kulturzentren und Schulen beschrieben, die alle mit der Muslimbruderschaft zusammenhängen sollen. Zehn Projekte davon sollen sich in Deutschland befinden.

In den Dokumenten seien Spenderlisten, email-Korrespondenzen und Informationen zu Banküberweisungen enthalten. Sie enthüllten Einzelheiten über ein Missionierungs- und Finanzierungsprogramm „zur Stärkung des politischen Islams in

ganz Europa“. Mit 260 Millionen Euro werde dies vorangetrieben, von denen alleine 120 Millionen aus Katar kommen sollen. Die laut arte „investigative filmische Recherche“ gebe Einblicke in die ebenso finanzstarke wie hermetische Organisation „Qatar Charity“, deren Verbindungen bis in die Spitze des Staates Katar und die Herrscherfamilie Al-Thani reichen sollen.

Diese Einflussversuche haben wir auch in München erleben dürfen, als Imam Bajrambejamin Idriz in München sein geplantes Europäisches Islamzentrum mit 30 Millionen Euro durch Katar finanzieren lassen wollte. Als Höhepunkt unseres drei Jahre laufenden Bürgerbegehrens konfrontierten wir den Emir von Katar bei seinem Treffen mit dem damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer am 18. September 2014 direkt vor dem Prinz-Carl-Palais mit einer kräftigen Protestveranstaltung, bei der wir auch von einem Kamerateam von Al-Jazeera gefilmt wurden.

Schon 2012 wurde bekannt, dass aus Katar hinter den Kulissen intensiv islamische Fundamentalisten und sogar Terrorbanden unterstützt werden. Wie ein Artikel aus der Welt vom 10.1.2012 aufzeigt, soll Katar eine wesentliche Rolle beim sogenannten „arabischen Frühling“ gespielt haben, der sich sehr schnell zu einer Islamisierungsbewegung entwickelte.

So seien die salafistische Ennahda-Partei in Tunesien, die oppositionellen Gruppen gegen Gaddafi in Libyen und Assad in Syrien sowie die Muslimbrüder in Ägypten aus Katar unterstützt worden. Außerdem islamische Terrorbanden wie al-Qaida, Hamas oder die Taliban, die bezeichnenderweise auch ein Kontaktbüro in Katars Hauptstadt Doha betreiben. 2017 war im Tagesspiegel zu lesen, dass auch der Islamische Staat auf der Finanzierungsliste der Scheichs aus Katar stehen soll.

Es spricht für das Augenverschließen der westlichen Politik, dass man überhaupt kein Problem mit der Austragung der Fußball-WM 2022 in Katar hat. Geld stinkt nunmal nicht, und

das fließt aus Katar auch reichlich in europäische Unternehmen, vor allem auch massiv in deutsche. Daher sagte auch die damalige Staatssekretärin Cornelia Piper (FDP) im Juli 2012, dass der Bau des Islamzentrums in München mit der Finanzierung aus Katar in deutschem Interesse liegen würde, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete.

Mir kündigte übrigens die Postbank im Jahre 2013 mein Konto, da meine islamkritischen Aktivitäten scheinbar der Unternehmensphilosophie widersprechen würden. Ich bin mir aber sicher, dass eher die Zugehörigkeit der Postbank zur Deutschen Bank bei dieser Entscheidung maßgeblich war, an der Katar mit 10% beteiligt ist.

In Katar laufen viele Fäden zusammen. In Doha residiert Yusuf Al Qaradawi, einer der einflussreichsten Führer der Muslimbruderschaft und Leiter des Europäischen Rates für Fatwa und Forschung. Am Institut „Européen des Sciences Humaines“ in Chateau Chinon hat er den Vorsitz, es gilt als den Muslimbrüdern nahestehend, und von dort aus soll ein internationales Netzwerk von fundamentalistischen Aktivisten vom Nahen Osten bis Dublin und Boston koordiniert werden. Dort studierte übrigens auch Imam Bajrambejamin Idriz aus Penzberg, womit sich wieder einige Kreise schließen.

Die 90-minütige Dokumentation von arte dürfte tief in ein Wespennest hineinstoßen. An Beispielen wird aufgezeigt, wie intensiv die Islamisierung Europas vorangetrieben wird. Das auf dem Kontinent größte Vorhaben für ein Islam-Zentrum befindet sich im elsässischen Mulhouse, wo für 25 Millionen Euro ein riesiges Islamzentrum gebaut wird. Alleine in dem 1000 Quadratmeter großen Moscheeraum sollen 1500 Moslems Platz haben. Dazu wird eine laut arte „mit dubiosen Mitteln“ finanzierte Ausbildungseinrichtung für Imame im zentralfranzösischen Département Nièvre und ein „Flüchtlings“-Zentrum auf Sizilien errichtet.

In diesem Film würden nicht nur die Finanzierungsströme,

sondern auch die dahinterstehende Ideologie aufgedeckt. Wer dies nicht um 20:15 Uhr live auf arte verfolgen möchte, kann es bereits jetzt vorab im Internet ansehen.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



Innsbruck: Moslem-Taxifahrer verweigern Blindenhunden den Transport

Von CHEVROLET | Eigentlich ist es ja kein Problem: Ein blinder Flugpassagier kann problemlos seinen Blindenhund (Assistenzhund) mitnehmen. Das gilt auch für psychotherapeutische Assistenzhunde, also Hunde, die Menschen mit einer psychischen Erkrankung brauchen. Bei Flügen in die USA ist das zum Beispiel bei der Lufthansa kostenlos, auf anderen Flügen oft auch. Die Hunde dürfen dann in der Kabine transportiert werden, da ihre zweibeinigen Begleiter auf die gutmütigen Tiere angewiesen sind.

Anders aber sieht das offensichtlich bei Taxis in Innsbruck aus, wie die Tiroler Tageszeitung aktuell vermeldet. Dort haben nämlich selbst Blinde Probleme in Taxis ihren Assistenzhund mitzunehmen. Verständlich ist natürlich, dass die Taxi-Lenker es nicht gerne sehen, wenn ein Hund mit seinen schmutzigen Pfoten zum Beispiel bei Regen oder in der Winterzeit ins Taxi springt und sich auf die Polster setzt. Das wäre sicher noch nachvollziehbar, aber es gibt einen für normal denkende Menschen seltsamen Grund, der dem Zeitgeist der Verherrlichung des Islams entspringt.

Das erlebte Garielle Jandrasits, die für den Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol arbeitet, und selbst mit einem Hund im Taxi zum Flughafen fahren wollte. Obwohl sie bereits am Vorabend anrief, habe man ihr bei der Funktaxizentrale erklärt, dass man den Transport für den nächsten Morgen nicht garantieren könne. Als Begründung habe man ihr mitgeteilt, dass es die meisten Fahrer aus Glaubensgründen ablehnen würden, Hunde mitzunehmen. Danach habe man sie direkt an eine Taxinummer verwiesen – dort habe man ihr die Vorausbestellung samt Hundetransport dann zugesichert.

Einem vollblinden ehemaligen Vorstandsmitglied des Blindenverbandes erging es nicht besser. In der Annahme, dass ihr Blindenbegleithund ohnehin mitgenommen werden müsse, habe sie den Hund telefonisch gar nicht erwähnt. Der Taxifahrer habe dessen Mitnahme dann aber verweigert.

Die Geschäftsführer der Innsbrucker Funktaxizentrale, Anton Eberl und Harald Flecker, entschuldigten sich ausdrücklich für die Vorfälle und boten der Passagierin als Geste einen Gutschein an. Sie bestätigten die Problematik prinzipiell: „Wir sind selbst nicht Eigner der Taxis, sondern vermitteln nur“, schickt Flecker voraus. Fakt sei aber, dass mittlerweile rund 80 Prozent der Fahrer einen Migrationshintergrund hätten – und dass Moslems Hunde traditionell häufig als „unrein“ ansehen würden.

„Wir versuchen, den Fahrern immer wieder begreiflich zu machen, dass so etwas bei uns nicht geht und dass diese Fahrten genauso auszuführen sind wie jeder andere Auftrag. Im Moment sind wir aber leider nicht in der Lage, dieses Problem wirklich befriedigend zu lösen“, sagte Flecker.



**Medien und die
fortgeschrittene Kultur der**

Selbstzensur

Von ALSTER | „Redefreiheit ist für Europas Werte zwar zentral. Aber ihre Aufrechterhaltung hängt vom verantwortlichen Verhalten von Einzelpersonen ab (und zwar im Dialog mit den Muslimen – anlässlich der Mohammed-Karikaturen).... Weiterhin glauben wir nicht, dass die Medien von außen zensiert werden sollten, sondern vielmehr dass sie Methoden finden, sich selbst zu zensieren.

Da wir nun von Selbstzensur reden, werde ich Sie auch bitten, den Bedarf der Überwachung innerhalb Ihrer eigenen professionellen Reihen zu erwägen.“ Diese Rede mit der Aufforderung zur Selbstzensur explizit zum Islam hielt die damalige EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero Waldner, in Wien am 22./23. Mai 2006 auf dem Euromediterranen Symposium vor führenden Journalisten und Chefredakteuren aus den europäischen Mitgliedstaaten und 10 außer Israel islamischen südlichen euromediterranen „Partnerländern“.

„Die Medien sollten eine besonders wichtige Rolle zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einnehmen, und zwar aufgrund ihrer Macht, die gesellschaftlichen Einstellungen beeinflussen zu können“, verkündete die Kommissarin. Außerdem gab es in Wien eine Menge Regelungen und Anweisungen darüber, welche positive Meldungen über den Islam die Medien bringen sollten.

Die verinnerlichte Selbstzensur der Leitmedien und die AfD

Wie wir wissen, hat sich diese von der EU angeordnete Selbstzensur durchgesetzt. Die Leitmedien haben in der Folge bis heute jede Islamkritik unterbunden. Sie haben erreicht, dass nicht islamische Terroranschläge und alltägliche Angriffe auf autochthone Bürger, sondern Islam-Aufklärer und Kritiker an den Pranger gestellt und verurteilt werden. In Form eines

medialen Gleichschaltungs- und Verleumdungspopulismus wurde die Islamkritik als umfassendes Feindbild inszeniert. Die AfD hat als einzige Partei die Aufklärung über den Islam ins Parteiprogramm geschrieben und wird auch deshalb von einer Phalanx der Medien, etablierten Politikern, Kirchen, Gewerkschaften, sogenannten Islamwissenschaftlern und „Prominenten“ ausgegrenzt, geächtet und bis aufs Messer bekämpft – immer vorneweg die Medien. Aktuell versucht man im Zusammenhang mit dem Mordfall Lübcke in konzertierter Form der AfD eine Mitschuld und ein Gewaltproblem zu unterstellen, unter der sie selbst durch unzählige Übergriffe etwa durch die Antifa-Faschisten leidet. Auch das wird von den Medien verschwiegen.

Der Euro-Arabische Deal und ECRI als wichtige Meinungsmacher

Die grassierende Islamophilie gründet auf einem Deal mit Arabern, bei dem Europa seine Seele verkauft hat: „Kein Blut für Öl, aber Islamisierung für Öl und geopolitischen Einfluss.“ Im Beitrag „Eurabien“ in der Sezession vom 11. Oktober 2005 beschreibt Wiggo Mann, wie die Araber im Zuge der Ölkrise 1973 ihre „Ölwaffe“ dahingehend benutzt haben, um ihre Forderungen für

1. die europäische Unterstützung der arabischen Israelpolitik sowie der Palästinensischen Autonomiebehörde (PLO) als Bedingung für wirtschaftliche Kooperation und Rohstofflieferungen,
2. die Bereitstellung muslimischer manpower durch forcierte Immigration nach Europa,
3. die Schaffung eines für Araber günstigen Klimas in der öffentlichen Meinung Europas durch entsprechende medienpolitische Maßnahmen durchzusetzen. Der Bericht fußt auf Bat Ye'ors Buch „Eurabia: The Euro-Arab Axis“ von 200.

Eines der inzwischen weitverzweigten Netzwerke verschiedener Organisationen, die maßgeblich mit der Aufrechterhaltung der

muslimischen Masseneinwanderung nach Europa sowie der mentalen Vorbereitung der einheimischen Europäer auf ein Leben unter den islamischen Landnehmern beschäftigt sind, ist ECRI, „die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates zur Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz“, die die Gefügigkeit der Europäer überprüft und Länderberichte verfasst. In der Politikempfehlung von ECRI zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime wird den Regierenden der EU-Mitgliedstaaten unter anderem empfohlen, „eine Auseinandersetzung in den Medien und der Werbebranche anzuregen über das Bild, das sie von den islamischen und moslemischen Gemeinschaften vermitteln und über ihre Verantwortung in diesem Zusammenhang“ – womit wir wieder bei der inzwischen verinnerlichten Selbstzensur und den Sprechverboten angekommen sind.

Wir verstecken unsere Kultur unter der Burka

Das Gatestone Institut hat gerade einen Bericht von Geuilo Meotti veröffentlicht, in dem dieser den längst überfälligen Push-Back gegen die Sprachpolizei zur Wiederherstellung der Meinungsfreiheit vermisst:

„Indem wir uns weigern, die Sprachpolizei zu konfrontieren oder die Meinungsfreiheit für Salman Rushdie, Roger Scruton, Jordan Peterson, Charlie Hebdo und Jyllands-Posten – um nur die Spitze eines riesigen Eisbergs zu nennen – zu unterstützen, haben wir den Weg der Unterwerfung unter das Scharia-Gesetz und die Tyrannei eingeschlagen. Wir alle haben unsere vermeintlich „blasphemische“ Kultur mit Burkas bedeckt, um zu vermeiden, dass Menschen beleidigt werden könnten, die es umgekehrt nicht zu stören scheint, uns zu beleidigen.“

Meotti erinnert auch an Theo van Gogh und beklagt, dass das Establishment im Namen der Bekämpfung der „Islamophobie“ sich

schleichend der Scharia unterworfen hat, und die Sprache selbst bereinigt und zensiert. Geulio Meotti zählt etliche Museen und Galerien auf, in denen römische Statuen oder Gemälde abgedeckt wurden, nachdem sich Muslime beschwert hatten, dass sie „blasphemisch“ seien. Viele westliche Verlage würden sich der islamischen Einschüchterung beugen, und selbst Theateraufführungen werden per Selbstzensur gestrichen.

Unsere vielen Kunst verwaltenden und „Kunstschaaffenden“, die sich vehement gegen rechts und insbesondere gegen die AfD engagieren, stellen sich gegen die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst und haben den Weg der Unterwerfung unter das Scharia-Gesetz und die Tyrannei eingeschlagen.

„Sie haben unsere vermeintlich „blasphemische“ Kultur mit Burkas bedeckt, um zu vermeiden, dass Menschen beleidigt werden könnten, die es umgekehrt nicht zu stören scheint, uns zu beleidigen.“



Öffentliches Masturbieren in Frankreich ohne Folgen

Von CHEVROLET | „Deutschland wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“ – der Spruch der linksextrem-grünen Katrin Göring-Eckardt ist schon heute legendär. Er gilt allerdings nicht nur für das von Linksgrün

geschundene Deutschland, sondern für viele weitere Länder Europas. Zum Beispiel für Frankreich.

Worauf sich die Grüne freuen kann, durften zwei Frauen im vorigen Dezember in der Pariser Metro erleben. Da saß ein 48-Jähriger aus Bangladesch im Zug, vor was oder wem er geflüchtet ist, ist nicht bekannt, jedenfalls saß ihm eine Frau gegenüber. Er holte seinen Penis aus der Hose und begann glücklich zu masturbieren. Das Goldstück vergnügte sich und zischte dabei zu der Frau „you are beautiful“.

Geistesgegenwärtig griff die Frau zum Handy, filmte die widerwärtige islamische Bereicherung und postete das Video in sozialen Medien und drückte dabei ihren Ekel über das Erlebte aus. Nachdem das Video bekannt geworden war, meldeten sich mehr Frauen, die sexuell bereichert wurden.

Bei der Gerichtsverhandlung fand sich aber natürlich ein Psychiater, der das ihm als Mohammedaner zustehende Verständnis aufbrachte, der „abhängig von sexuellen Fantasien sei“, was ihm natürlich einen Freibrief für sexuelle Vergnügungen und Übergriffe aller Art geben könnte.

Die zuständige Richterin fiel auf das seltsame Leiden nicht herein und verurteilte den Mann zur Zahlung von je 500 Euro Schmerzensgeld an die beiden schockierten Frauen, und zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe, was natürlich immer noch überaus milde ist.

Vor allem aber, die Bereicherung aus Asien wird nicht abgeschoben. Katrin Göring-Eckardt darf sich also weiter auf solche Erlebnisse freuen. Dumm nur, dass wohl eher normale Frauen diese machen und nicht abgehobene Grünen-Politikerinnen.



Lauren Southern: Borderless (2019)

Von TILL-LUCAS WESSELS | „Es war ein großer Fehler!“ – Mit diesen Worten endet die fast anderthalbstündige Dokumentation „Borderless“, die vor wenigen Tagen von der Journalistin Lauren Southern auf YouTube veröffentlicht wurde. Sie kommen aus dem Mund eines Schwarzafrikaners, gesprochen am Lagerfeuer eines Zeltlagers unter irgendeiner Brücke im winterlichen Paris.

Southerns Film ist anders als man das erwartet hätte. Sie war Teil der Mission *Defend Europe*, und betreibt – bei ihrem letzten Auftritt an dieser Stelle hatte ich das lobend erwähnt – keinesfalls neutrale Berichterstattung. Und doch wirkt „Borderless“ nicht wie eine rechte Doku, sondern eher wie ein gut recherchiertes Stück Investigativjournalismus.

Gemeinsam mit ihrem Team bereist sie die unterschiedlichen Hotspots der Asylkrise: Die türkische Küste vor Lesbos, Marokko, die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla und die bulgarisch-türkische Grenze. Dabei liegt ihr Fokus aber nicht eigentlich auf den Migranten, sondern vor allem auf den Profiteuren der Krise.

Dieser rote Faden zieht sich durch den ganzen Film: Wer verdient eigentlich daran, die Menschen von Afrika nach Europa zu befördern? Wer geht am Ende als Gewinner aus der ganzen Geschichte hervor und wer als Verlierer? Bei der Beantwortung

dieser Fragen, die ihr – soviel vorweg – auch nicht vollumfänglich gelingt, trifft sie auf rücksichtslose Schlepper und kriminelle NGO-Mitarbeiter, die wahlweise ohne jede Skrupel oder bis ins Mark hinein fanatisiert das große Geschäft vom Menschenhandel auf dem Mittelmeer betreiben.

Insbesondere dieser investigative Teil ist es, der die Dokumentation zu einem wirklichen Gewinn für die rechte Medienlandschaft macht: So gelangen dem Team um die umtriebige Kanadierin unter anderem Aufnahmen mit versteckter Kamera, in welchen die Mitarbeiterin einer wichtigen Asyl-NGO ganz freimütig berichtete, wie sie potentiellen Asylanten Schauspielunterricht gibt, damit diese sich als christliche Flüchtlinge ausgeben können.

Auch der Anwalt des griechischen NGO-Chefs Panos Moraitis ist überraschend freimütig mit der Information, daß sein Mandant 500.000 € gewaschen habe, als die Kameras ausgeschaltet sind. Schließlich seien das ja viel weniger als die 50 Millionen, die die Medien ihm vorwerfen und im übrigen auch weniger, als etwa bei anderen NGOs üblich sei.

(Die komplette Filmbesprechung kann bei Sezession.de nachgelesen werden)



Schweden immer gefährlicher

Von CHEVROLET | „Flüchtlinge“ sind nicht krimineller als Deutsche, wird den Deutschen immer gebetsmühlenartig eingetrichtert, und alle Statistiken belegen das natürlich. Also wird das stimmen, sollen die Bürger glauben. Gut, lassen wir das so stehen.

Schauen wir bei der Wahrheitssuche einfach mal nach Schweden. In Schweden ist bekanntermaßen Vieles anders, die Möbel, die Autos, das Essen, und Asperger-Kinder können sehen, was sonst niemand sieht. Und offenbar auch die „Flüchtlinge“ (die das Land so gerne loswerden möchte) sind ganz anders.

Denn durch sie und die Migranten, die es nach Schweden zieht, sieht sich das nordische Königreich mit einer Flut von Ausländern aus gewissen Ländern konfrontiert, die zu erheblicher Gewalt und Kriminalität führen. Längst hat selbst die Feuerwehr Angst in einige Stadtteile zu Einsätzen vorzudringen, weil dort ganz andere das Sagen haben.

Natürlich wird das im Gutmenschenland Schweden auch nicht offen gesagt, mehr noch, es wird versucht, eine Zensur auszuüben, aber wer genau hinschaut oder sich auch als Besucher ein wenig in Schweden auskennt, wie der Autor, weiß schnell Bescheid, wie Schweden „funktioniert“.

Wird also ein Stadtteil genannt, und man war vielleicht einmal in der Gegend, weiß man sofort, was Sache ist und wer sich da „vergnügt“.

Vor ein paar Tagen wollte die schwedische Polizei eine Liste öffentlich machen, auf der die aktuelle Situation dargestellt werden sollte, also die Namen der Stadtteile genannt werden, die als „No-Go-Areas“ gelten oder als „gefährlich“ betrachtet werden, man also auch besser meiden sollte.

Die Stadtverwaltung von Linköping im mittelschwedischen

Östergötland zum Beispiel aber, deren Stadtteil Skäggetorp es auf die No-Go-Area-Liste geschafft hatte, wollte die Veröffentlichung verhindern, berichtet der schwedische Rundfunk SVT. Stadtrat Nikolas Borg schimpfte: „Die Liste dämonisiert das Viertel und schafft erst Unsicherheit“.

Davon ließ sich die Polizei jedoch nicht abhalten. „Uns ist es wichtig, die Fakten transparent darzulegen, um dann gemeinsam mit den betroffenen Bereichen dagegen angehen zu können“, so Mats Löfving von der Polizei.

Die Kommunen sorgen sich wohl um ihren Ruf, darum, dass Investoren einen Bogen um sie machen könnten und dass auch Besucher lieber fernbleiben.

Auffällig ist, dass auch kleinere Kommunen in der Liste enthalten sind, nicht nur Städte wie Stockholm und Södertälje, Göteborg oder Malmö. Auch zu finden auf der Liste des Versagens des Staates ist das kleine Kristianstad, ein 40.000-Einwohner-Städtchen im Nordosten der Provinz Skane, das Urlauber passieren, die von den südschwedischen Fährhäfen Trelleborg oder Ystad zum Beispiel zur Insel Gotland wollen. Sie fahren am No-Go-Bezirk Charlottesborg unmittelbar vorbei.

PI-NEWS-Service für Schwedenreisende

Als Service für die Leserinnen und Leser dieses Blogs, die vielleicht in diesem Jahr noch nach Schweden zum Urlaub reisen wollen, veröffentlicht PI-NEWS hier die amtliche Liste der schwedischen Polizei über die Problemregionen im Land, damit Reisende gewarnt sind.

Gefährliche Gebiete (Quelle: SVT Nyheter):

- Fröslunda, Eskilstuna
- Klockaretorget, Norrköping
- Lagersberg, Eskilstuna
- Navestad, Norrköping
- Rannebergen, Göteborg

- Skogås, Huddinge
- Vårby, Huddinge
- Älvsjö / Solberga, Stockholm
- Andersberg, Halmstad
- Brandbergen, Haninge
- Bredäng, Stockholm
- Bäckby, Västerås
- Charlottesborg, Kristianstad
- Edsberg, Sollentuna
- Finnsta, Upplands Bro
- Gamlegården, Kristianstad
- Hagsätra / Rågsved, Stockholm
- Hisings Backa, Göteborg
- Hässelby / Vällingby, Stockholm
- Råslätt, Jönköping
- Skiftinge, Eskilstuna
- Sångvägen, Järfälla
- Termovägen, Järfälla
- Vårberg, Stockholm
- Östberga, Stockholm
- Jordbro, Haninge
- Kronogården / Lextorp / Sylte, Trollhättan
- Storvreten / Tumba

Risikobereiche:

- Gårdsten, Göteborg
- Holma / Kroksbäck / Bellevuegården, Malmö
- Oxhagen / Varberga, Örebro
- Süden, Helsingborg
- Tjärna Ängar, Borlänge
- Tureberg, Sollentuna
- Dalhem / Drottninghög / Fredriksdal, Helsingborg
- Fornhöjden, Södertälje
- Hovsjö, Södertälje
- Rissne / Hallonbergen, Sundbyberg

Besonders gefährliche Gebiete:

- Araby, Växjö
 - Bergsjön, Göteborg
 - Husby, Stockholm
 - Rinkeby / Tensta, Stockholm
 - Skäggetorp, Linköping
 - Südliches Sofiel und Malmö
 - Alby, Botkyrka
 - Biskopsgården, Göteborg
 - Fittja, Botkyrka
 - Gottsunda, Uppsala
 - Hallunda / Norsborg, Botkyrka
 - Hammarkullen, Göteborg
 - Hjällbo, Göteborg
 - Hässleholmen / Hulta, Borås
 - Karlslund, Landskrona
 - Lövgärdet, Göteborg
 - Norrby, Borås
 - Nydala / Hermodsdal / Lindängen, Malmö
 - Rosengård, Malmö
 - Tynnered / Grevegården / Opaltorget, V Frölunda
 - Vivalla, Örebro
 - Ronna / Geneta / Lina, Södertälje
-



Lichtmesz: „Der Große

Austausch“

„Großer Austausch“ und „Bevölkerungsaustausch“ – diese Begriffe sind in den letzten Wochen ins Visier multikultureller Politiker und Journalisten gekommen.

Sie versuchen mit aller Kraft, die damit bezweckte Thematisierung des demographischen Wandels in den Ländern Westeuropas als „rechtsextreme Verschwörungstheorie“ abzutun und jeden, der es wagt, davon zu sprechen, in die Nähe von Terrorismus zu rücken.

Doch was steckt wirklich hinter dem Phänomen? Dieser Frage gingen am 18. Mai 2019 Martin Lichtmesz und Martin Sellner auf den Grund.

In rund zwei Stunden legten die beiden den rund 100 Zuhörern dar, dass der Große Austausch eben keine Verschwörungstheorie, sondern faktisch belegbar ist.



Der Fall Konstantinopel – die europäische Katastrophe

Von ACHILL PATRAS | Am Morgen des 29. Mai 1453 stürmte eine dritte Angriffswelle auf die Stadtmauern der Hauptstadt des byzantinischen Reiches. Konstantinopel, das heutige Istanbul,

war bereits seit dem 2. April vom osmanischen Sultan Mehmet II. belagert worden. Die ersten beiden Angriffswellen in der Nacht konnten die Verteidiger noch zurückschlagen. Nun aber griffen die Elitetruppen des Sultans an, die Janitscharen. Die Janitscharen waren Militärsklaven. Ein ganzes Leben lang auf die Kriegsführung gedrillt. Es handelte sich um Kinder aus christlichen Familien des Kaukasus und des Balkans, die im Kindesalter von ihren Eltern entführt wurden. In der Folge wurden sie von Mitgliedern des sufischen Betaschi-Ordens zum Islam zwangskonvertiert und militärisch ausgebildet. Euphemistisch wird dieses Vorgehen als Knabenlesen bezeichnet. Dass derselbe Sufi-Islam, der zwischen dem 14. und 19. Jahrhundert Jahr für Jahr europäische Kinder als Militärsklaven zwangskonvertierte, in heutigen westlichen Diskursen als die friedliche Variante im Gegensatz zum rechtgläubigen Mainstream-Islam verstanden wird, sei hier nur am Rande erwähnt.

Vor 566 Jahren – das Ende des byzantinischen Reiches

Zurück nach Konstantinopel. Den Janitscharen gelang rasch die Überwindung der Stadtmauer. Der Widerstand der Verteidiger brach zusammen. Innerhalb weniger Stunden hatten die osmanischen Truppen Konstantinopel unter ihre Kontrolle gebracht. Am 29. Mai 1453, heute vor 566 Jahren, hörte das byzantinische Weltreich auf zu existieren. Dieses Ereignis spielt heute in der westeuropäischen Geschichtsschreibung keine Rolle mehr. Selbst die Existenz eines oströmischen christlich-orthodoxen Kaiserreiches ist einer Mehrheit unbekannt. Dabei ist es heute zentral, sich wieder mit den großen Verläufen der Weltgeschichte zu beschäftigen. Sie ist erstaunlich aufschlussreich. Wie Zivilisationen vollständig untergehen können, machen sich die wenigsten bewusst. Wie auch, wenn die Erinnerung an diese Zivilisationen selber zunehmend verblasst.

Der Fall Konstantinopel war 1453 ein Schock, aber keine große Überraschung mehr. Das byzantinische Reich war im 15.

Jahrhundert ein Schatten seiner selbst. Reduziert auf einige wenige Provinzen in Thrakien und Kleinasien. Das einst mächtige Reich war über 700 Jahre lang Angriffen muslimischer Dschihadisten ausgesetzt. In den ersten Eroberungszügen fielen im siebten Jahrhundert Palästina und Ägypten an die neuen islamischen Machthaber. Das byzantinische Reich selber überlebte aber die erste Welle der islamischen Angriffskriege. Das Reich behielt die Kontrolle über Kleinasien, also das Gebiet, das heute als Türkei bezeichnet wird.

Die türkisch-muslimische Einwanderung nach Kleinasien begann erst 1071

Die entscheidende Schlacht aber, die den Untergang des oströmischen Weltreiches einleitetet, war die Schlacht von Manzikert 1071 nördlich des Vansee. Hier trat Kaiser Romanos IV. dem seldschukischen Sultan Alp Arslan entgegen, wurde allerdings von diesem geschlagen. In der Folge kam es zu einer innerbyzantinischen Krise und das Reich konnte seine Außengrenzen nicht mehr schützen. Die Seldschuken setzten nicht nur militärisch nach, sondern brachten auch ihre Familien in das neue Land mit. Die heutigen Relotius-Medien würden wohl von Schutzsuchenden sprechen. Wie man die Vorgänge als Folge der Schlacht von Manzikert auch bezeichnen möchte, im Resultat kam es zu einer ersten Besiedlung des anatolischen Kernlandes durch turkmenische Stämme. Diese Stämme hatten den Islam angenommen, der ihre Identität gegenüber der christlichen Mehrheitsbevölkerung Kleinasiens abschirmte. Anstatt sich schrittweise in die gesellschaftliche Umgebung einzufügen, bildeten sie eigene Fürstentümer und lokale Parallelgesellschaften.

Gegen die militärische Bedrohung durch die türkischen Seldschuken, die nach und nach Kleinasien eroberten, rief der orthodoxe byzantinische Kaiser die westliche katholische Christenheit um Hilfe. Ein Umstand, der heute gerne vergessen wird, ist, dass dieser Hilferuf seinerseits die Kreuzzüge auslöste. Diese halfen zum einen die verbliebenen

byzantinischen Gebiete in Kleinasien zu stabilisieren, zum anderen trugen auch der vierte Kreuzzug durch die Errichtung des lateinischen Kaiserreiches (1204–1261) dazu bei, das Byzantinische Reich zu schwächen.

1923: Abschluss des kleinasiatischen Bevölkerungsaustauschs

Die islamische Besiedlung der Türkei nahm jedoch nicht mit dem Fall von Konstantinopel ihren Abschluss. Der Fall Konstantinopels war nur der sichtbare Wendepunkt. Im Gegenteil: bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts waren Teile der heutigen Türkei wie beispielsweise die westlichen Küstenregionen noch mehrheitlich christlich, meist griechisch bewohnt. Erst mit dem Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg und der weniger bekannten Ermordung und Vertreibung der letzten nennenswerten griechischen Bevölkerung bis 1923 wurden die Reste der christlichen Urbevölkerung Kleinasiens entfernt. 852 Jahre lagen zwischen der Schlacht von Manzikert 1071 und der kleinasiatischen Katastrophe 1923. 852 Jahre zwischen der ersten Einwanderungsbewegung und der letzten Vertreibung und Ermordung von Christen in Kleinasien. Auch wenn es lange dauern kann. Zivilisationen und Bevölkerungen, die sie einst hervorgebracht haben, können vollständig von ihrem Erdboden vertilgt werden. Deshalb sollte der heutige Untergang des byzantinischen Reiches vor 566 Jahren wieder Teil der gesamteuropäischen Erinnerungskultur werden.



Paukenschlag: Dänemark will dauerhafte Grenzkontrollen

Von CHEVROLET | Paukenschlag aus Kopenhagen: Dänemark will die im Jahr 2016 „vorübergehend“ eingeführten Grenzkontrollen jetzt dauerhaft weiterführen. Der Grund: Die Bedrohung des Landes durch die Massen-Migration und den Terrorismus, der durch die „Flüchtlinge“ ins Land getragen wurde. Damit widerspricht das Königreich offen dem Schengener Abkommen der EU, das dauerhafte Grenzkontrollen ausschließt.

Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, Außen- und Integrationsminister Inger Støjberg und Morten Løkkegaard, Spitzenkandidat für die EU-Parlamentswahlen, erklärten gemeinsam dass Dänemark 50 Millionen Kronen (knapp 6,7 Millionen Euro) aufwenden werde um neue intelligente Überwachungsmethoden für die Grenzen des Landes zu testen, wie „Danmarks Radio“ (DR) berichtet.

Die regierende „Venstre“-Partei kündigte zudem an, dass sie Reformen für das Schengener Abkommen auf den Weg bringen will. „Wir müssen klar feststellen, dass wir permanente Grenzkontrollen brauchen. Der Druck durch die Migranten, grenzüberschreitende Kriminalität und natürlich die terroristische Bedrohung zwingen uns dazu,“ so Premier Rasmussen. „Als Nationalstaat müssen wir die Kontrolle über unsere Grenzen selbst haben. Daher muss das Schengener Abkommen so geändert werden, dass wir wieder die politische Kontrolle über unsre Grenzen haben,“ so Rasmussen weiter.

Dänemark und das benachbarte Schweden führten 2016 unter dem Eindruck der Flüchtlingsschwemme „temporäre Grenzkontrollen“ ein. Zudem haben die Dänen besonders an der Grenze zu Schweden die Kontrollen verschärft, um damit dem islamischen Terrorismus zu begegnen.

Dass es Chancen auf wenigstens minimale Änderungen des Schengener Abkommens gibt, bezweifeln Beobachter wie die DR-Korrespondentin Karin Axelsson: „Da wird es starken Widerstand von einigen Ländern geben.“ Allen voran wird da natürlich Angela Merkel marschieren, gefolgt von den auf ihre Linie gebrachten übrigen Ländern.